

Durch Zurückdrängung des Einflusses der großen Banken und Konzerne wäre es sofort möglich, **die Raiffeisen-Genossenschaften wieder zu demokratischen Organen der Bauern zu machen.** Sie würden bei der Entwicklung der gegenseitigen Hilfe und der gemeinschaftlichen Arbeit, beim Ein- und Verkauf und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine große Rolle spielen.

In Westdeutschland spielen die Pachtländereien eine große Rolle. Alle Bauern, die vom Staat oder von Großgrundbesitzern Land gepachtet haben, könnten dieses, wenn sie es wünschen, weiter bewirtschaften. Wucherpachten würden sofort auf einen Normalsatz gesenkt. Aus dem Bodenfonds sollte auch interessierten Landarbeitern, landarmen Bauern und vor allem bäuerlichen Gemeinschaften Boden zur Verfügung gestellt werden. Pachtgelder für Land aus dem Großgrundbesitz könnten zur Finanzierung bäuerlicher Gemeinschaften, zum gemeinschaftlichen Kauf von Großmaschinen, zur Errichtung von genossenschaftlichen Bauten usw. verwendet werden. Selbstverständlich würden Pachtvereinbarungen zwischen den bäuerlichen Betrieben von diesen Maßnahmen unberührt bleiben.

Wir fragen die westdeutsche Bevölkerung: **Ist es nicht höchste Zeit, auch in Westdeutschland die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen?** Es genügt nicht, darüber zu reden, sondern man muß mit Hilfe der Gewerkschaften durchsetzen, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer gezahlt wird, und erreichen, daß die Frauen gleichberechtigt leitende Funktionen im Staat, in der Wirtschaft und im Bildungswesen erhalten. Das erfordert selbstverständlich besondere Maßnahmen zur Förderung der Frau und zur Unterstützung ihres gesellschaftlichen Aufstiegs.

#### **Die Jugend fordert mit Recht die Gewährleistung der Grundrechte der jungen Generation.**

Das ist das Recht auf Erlernung eines Berufes, das Recht auf Bildung; das gleiche Recht für die Jugend der Arbeiterklasse für den Besuch von Hochschulen und die materielle Sicherung des Studiums. Ein Gesetz zum Schutz der werktätigen Jugend ist dringend notwendig. Die Gewerkschaften haben dazu viele gute Vorschläge gemacht. Aber die Durchführung läßt noch immer auf sich warten.

Eine der wichtigsten Maßnahmen der demokratischen Kräfte in Westdeutschland wäre die **Säuberung des Staatsapparates**, der Polizei, der Justiz und insbesondere der Armee von den militaristischen, revanchistischen und ultra-reaktionären Kräften, die in der Vergangenheit schwere Schuld auf sich geladen haben und

auch heute wieder brutal die Interessen und die Machtansprüche der großen Monopole vertreten und deren aggressive, volksfeindliche Politik durchsetzen. Dabei geht es nicht um eine Neuauflage der Entnazifizierungs-Komödie, die die Kleinen prügelte und die Großen ungeschoren laufen ließ.

#### **Solange Kriegs- und Naziverbrecher und ihre Gesinnungsgenossen an den Schalthebeln der Macht sitzen, ist keine Demokratie möglich.**

Der verhängnisvollen Entwicklung, in der durch Mißbrauch des Rechts die Verfassung systematisch ausgehöhlt wird, die Gesinnungsjustiz wüten kann, Notstandsdictatur Schritt um Schritt vorbereitet wird, muß endgültig Einhalt geboten werden.

**Die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger sind wiederherzustellen.** In den Parlamenten sowie in allen Exekutivorganen und anderen staatlichen Verwaltungsstellen sollen solche Bürger entscheidenden Einfluß auf die staatliche Leitung nehmen, die entschieden für diese elementaren Volksrechte eintreten, die sich ehrlich für Frieden, Abrüstung und Verständigung einsetzen.

Korrekt arbeitende Beamte werden ihre Tätigkeit weiter ausüben, und ihre Versorgungsansprüche werden gewahrt. Es werden aber vor allem jene Kräfte des werktätigen Volkes wichtige Funktionen einnehmen müssen, die bislang im Bonner Staat von der Mitbestimmung weitgehend ausgeschaltet sind: die Arbeiter, die Bauern, die fortschrittliche Intelligenz und demokratisch gesinnte Kräfte des Bürgertums. Dabei wird in besonderem Maße auch auf die vielfach hervorragenden sozialdemokratischen Fachkräfte in Gemeinden und Ländern zurückgegriffen werden können. Alle in dieser Hinsicht vorhandenen guten Traditionen in der Geschichte unseres Volkes, besonders in der Geschichte der Arbeiterbewegung, sollten wieder lebendig werden.

Von den westdeutschen **Ländern und Kommunen** könnte die Last der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Aufrüstung und der Profite der Monopole genommen werden. Der Anteil der Länder und Kommunen am Steueraufkommen ließe sich wesentlich erhöhen. Die Länder und vor allem die Gemeinden könnten so in die Lage versetzt werden, jene staatlichen Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse der Werktätigen liegen. Das Schulwesen, der Straßen- und Brückenbau, das Gesundheitswesen sowie die vielfältigen kommunalen Anstalten und Einrichtungen könnten finanziell ausreichend gefördert werden. So könnten für den Preis allein eines Zerstörers mit Raketenwaffen